

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2023 / Ausgabe 158 – 10. Juli 2023



IN DIESER AUSGABE

CDU Hessen Landesparteitag

Haushalt 2024

Illegale Migration stoppen!

Beschaffung Bundeswehr

Rote Karte für Habecks Heizungshammer

355.000 Euro für Denkmalschutz

Astro-Alex in Eltville

Ausblick

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

meine Faktionskollegin in der CDU/CSU, die stellvertretende Generalsekretärin der CDU Christina Stumpp hat es auf den Punkt gebracht, als sie die linke Ampel-Koalition im Bundestag fragte: „Wollen oder können Sie dieses Land nicht regieren?“ Die Regierung ist ein Totalausfall, sie streitet über fast alles und bewegt nichts. Ein Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt für das kommende Jahr? Kurz vor knapp, mehr schlecht als recht, wurde er vor der Sommerpause vorgestellt! Zu maßlos waren die Ausgabenwünsche roter und grüner Ressorts, zu gering die Bereitschaft zum Kompromiss. Kürzlich mussten die Fachminister dann bei Kanzler und Finanzminister einzeln zum Rapport antreten. Beichtstuhlverfahren nennt sich das, ein Prozess, den man aus den Spätphasen abgewirtschafteter Koalitionen kennt. Die Liste der Verfehlungen ist lang. Man braucht keine Glaskugel, um zu prophezeien: Die Halbzeitbilanz der Regierung im Herbst wird nicht gut ausfallen. In den Schulen sind dieser Tage Zeugnisse verteilt worden. Für die Ampel müsste es darum heißen Note sechs, Versetzung gefährdet!

Auf allen Gebieten stolpert und strauchelt die links-gelbe Koalition, verzagt und orientierungslos, etwa in der Migrationspolitik oder beim völlig missratenen Heizungsgesetz. Bei letzterem sah sich gar das Bundesverfassungsgericht genötigt, links-gelb ein Stoppschild aufzustellen. Nicht nur die Unternehmen zweifeln, auch die Bürger zweifeln, wenn sie nicht gar verzweifeln an einer Regierung ohne Plan und Scham. Lesen Sie darum unter anderem in meinem aktuellen Hauptstadtbrief, wie Bundesinnenministerin Faeser in der Migrationskrise irrlüchert, die links-grüne Schuldensucht unseren Wohlstand gefährdet und die Ampel an einem völlig ungeeigneten Heizungsgesetz beinahe zerbricht. Außerdem berichte ich über Denkmalschutzmittel, die ich erfolgreich für meinen Wahlkreis akquirieren konnte und einen veritablen Astronauten zu Gast im Rheingau.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



CDU HESSEN LANDES- PARTEITAG: EIN MEILENSTEIN FÜR DIE ZUKUNFT DES LANDES

Der Landesparteitag der CDU Ende Juni fand mit großer Beteiligung und Erfolg in Darmstadt statt. Die Veranstaltung war geprägt von der anstehenden Landtagswahl am 08. Oktober. „Hessen ist heute Leuchtturm und nicht mehr rote Laterne wie in den Neunzigern.“ Mit diesen Worten stimmte Ministerpräsident Boris Rhein die Delegierten auf den Wahlkampf ein. Die stellvertretende Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Christina Stump, nutzte in ihrem Grußwort die Gelegenheit, die herausragende Kampagnenfähigkeit der hessischen CDU zu loben. Der Landesparteitag der CDU Hessen war auch aus Sicht der Kreisverbände meines Wahlkreises Rheingau-Taunus und Limburg ein großer Erfolg.

Unsere Kandidaten konnten sich erfolgreich auf der Landesliste platzieren:

André Stolz – Platz 43, Ingo Schon – Platz 50, Andreas Hofmeister – Platz 19, Christian Wendel – Platz 40, Ariane Willisch (Geb. Gotscher) – Platz 62, Lukas Brandscheid – Platz 75, Dr. Johannes Hanisch – 61 und Sonja Peichl - 86

Der Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg war mit Landrat Michael Köberle, den beiden Landtagsabgeordneten Andreas Hofmeister und Christian Wendel, dem Gießener Regierungspräsidenten Dr. Christoph Ullrich sowie dem gewähl-

ten Landrat Sandro Zehner und mir prominent vertreten. Nicht nur personell, sondern auch inhaltlich zeigten beide Kreisverbände Gestaltungswillen. Es konnten zahlreiche Änderungsanträge in das Wahlprogramm, das an diesem Tag final beschlossen wurde, eingebracht werden, die ganz überwiegend Zustimmung fanden. Einmal mehr hat sich der Rheingau-Taunus als Kraftquell der inhaltlichen Bereicherung und Schärfung unserer Programmatik erwiesen.

HAUSHALT 2024

Normalerweise legt die Regierung im Frühjahr ihre Eckpunkte für den Haushalt des kommenden Jahres fest. Die Eckpunkte sind Leitplanken, um die Ausgaben in Grenzen zu halten. Im Frühsommer folgt der Kabinettsbeschluss, der an den Bundestag geht. Über den Sommer können wir dann den mehrere Tausend Seiten langen Entwurf beraten. Wir haben Zeit, die geplanten Ausgaben und Einsparungen zu korrigieren. Denn die Aufstellung des Haushalts ist das „Königsrecht des Parlaments“, wie es so schön heißt.

Immerhin hat es die Ampel auch auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion dann doch noch geschafft, einen Haushaltsentwurf kurz vor der Sommerpause vorzulegen. Leider ist er mehr Schein als Sein. Die Wurzel des Übels hierfür waren Streitereien und Milliardenwünsche der Ampelminister, die sage und schreibe 70 Milliarden Euro über der ursprünglich vorgesehenen Finanzplanung lagen. In vielen Haushaltsfragen waren die drei

Koalitionsparteien sich so uneinig, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner auf die Aufstellung der Eckpunkte im März verzichtet hatte. Der in aller Öffentlichkeit ausgetragene Haushaltsstreit zwischen den Ministern Habeck und Lindner war ein weiterer Tiefpunkt dieser miserablen Ampelpartnerschaft.

Nach anderthalb Jahren im Amt ist die Regierungskoalition in den wesentlichen Fragen ihrer Politik zerstritten und wenn es um den Haushalt geht, weit entfernt von der Realität. Denn während Russland die Ukraine überfällt und Europa vor neue Herausforderungen stellt, während die Inflation unseren Wohlstand im Land aufzehrt und die Betriebe durch die Energiekrise in die Insolvenz rutschen, hat die links-gelbe Ampel von den wirklichen Problemen in unserem Land offensichtlich nichts mitbekommen. Der Entwurf zeigt deutlich: Die finanziellen Lücken werden zu Lasten künftiger Jahre kurzfristig zugeschüttet. Von einer nachhaltigen Prioritätensetzung fehlt jegliche Spur. Stattdessen ziehen sich die Kürzungen wahllos durch den Entwurf. Unter anderem wird das erfolgreiche Elterngeld gekürzt.

Die Ampel hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Doch statt dieses gezielt anzugehen, laviert sie sich auf Kosten der Steuerzahler durch. Mit einem Streit um geringe Sparbeträge und inhaltsleeren Ankündigungen eines Subventionsabbaus macht sich die Ampel unglaublich. Die wochenlang heftig diskutierten Einsparungen erreichen über alle Ressorts – mit Ausnahme des Bundesverteidigungsministeriums – gerade einmal ein Volumen von 3,5 Mrd.

Euro und damit lediglich knapp 1 % des Haushaltsvolumens.

Die Ankündigung des Bundeskanzlers in seiner „Zeitenwende-Rede“ vom 27. Februar 2022, ab sofort 2 % für Verteidigung auszugeben und zusätzlich ein Sondervermögen für die Bundeswehr einzurichten, wird von der Realität des Bundeshaushalts aufgekündigt. Inwiefern sich die Versprechungen der Ampel wie die Erreichung des 2 %-NATO-Ziels mit diesem Regierungsentwurf und der damit zusammenhängenden Finanzplanung tatsächlich erreichen lassen, ist völlig offen. Eine echte und notwendige Neuausrichtung des Haushalts unter dem Leitmotiv „Zeitenwende“ ist jedenfalls nicht zu erkennen.

ILLEGALE MIGRATION STOPPEN!

Der EU-Kompromiss ist nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Seit 2014 bereits wandert jährlich eine Großstadt illegal nach Deutschland ein. Endlich gibt es jetzt Aussicht auf erste nennenswerte Schritte zur Bekämpfung der illegalen Massenzuwanderung. Die Einigung der EU-Innenminister über die Begrenzung der illegalen Migration darf aber nur ein Zwischenschritt sein. Es ist gut, dass die EU ihre Außengrenzen künftig stärker sichern will. Dennoch muss sich am Ende jede Lösung daran messen lassen müssen, ob die Zahlen an Asylbewerbern in den Städten und Kommunen nach unten gehen.

Die GEAS-Reform (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) wird frühestens im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten.

Unseren Kommunen, die schon jetzt vielfach jenseits der Belastungsgrenze sind, hilft das nicht. Die Bundesregierung darf sich deshalb nicht hinter den GEAS-Verhandlungen verstecken. Sie muss vielmehr in der aktuellen Migrationskrise rasch und konsequent mit einem Kurs der Begrenzung gegensteuern. Leider scheint die Ampel genau das Gegenteil zu wollen. Es ist daher ein großes Glück, dass die wahnwitzigen Vorstellungen der linksgelben Bundesregierung in Europa isoliert sind. Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser wollte die Schleusen offenhalten. Wenn beispielsweise bei der Verteilung von Asylbewerbern weitreichende Familienbeziehungen eine Rolle spielen sollen, wird gerade Deutschland durch die vielen Ankerpersonen, die schon im Land sind, zusätzlich belastet. Dass die deutsche Regierung am Rande Europas stehen muss, damit Europa und Deutschland zu guten Lösungen kommen, hat leider einen bitteren Beigeschmack. So hat sich Helmut Kohl die Europäische Integration sicher nicht vorgestellt.

Es wäre fahrlässig, wenn Faeser nun den EU-Kompromiss, dem sie selbst zugestimmt hat, bei den weiteren Verhandlungen mit dem Europaparlament auszuhöhlen versucht. Das wäre keine verantwortungsvolle Politik, sondern würde erneut zeigen, wie isoliert die Asylpolitik der deutschen Ampel-Koalition in Europa ist. Wenn nun Frau Faeser hinter die Beschlüsse der EU-Innenministerkonferenz zurück will, erscheint eine Einigung mit Polen und Ungarn, aber auch anderen Mitgliedstaaten, die Sicherheit an den Außengrenzen wollen, ausge-

schlossen. Dass die in Teilen linksradikale Grüne Jugend gegen den Asylkompromiss Sturm läuft und damit bei bedeutenden Teilen der Mutterpartei auf Zustimmung stößt, zeigt ebenfalls, dass die Grünen eine Partei sind, die mit großer Vorsicht zu genießen ist. Mit Ideologie ist nun mal kein Staat zu machen!

Neben einer Begrenzung der illegalen Migration auf europäischer Ebene, die ohnehin erst in zwei bis drei Jahren wirksam wird, braucht es jetzt auch schnell eindämmende Maßnahmen auf nationaler Ebene. Das bedeutet unter anderem mehr Grenzkontrollen, die Verlängerung des Ausreisegewahrsams und die Aufnahme weiterer Länder auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten. Auch müssen endlich Anstrengungen zur konsequenten Rückführung von Ausländern ohne Aufenthaltsrecht unternommen werden. Allein in Deutschland sind mindestens 300.000 Menschen ausreisepflichtig. Das entspricht etwa der Einwohnerzahl des Stadtstaates Bremen!

BESCHAFFUNG BEI DER BUNDESWEHR MUSS EFFIZIENTER WERDEN

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine neue Realität geschaffen. Eine unsichere und bedrohliche Realität. Auch für uns in Deutschland sind die Implikationen des russischen Überfalls auf die Ukraine gewaltig. Wir müssen uns von überholten Glaubenssätzen und lieb gewonnenen Bequemlichkeiten lösen.

Ziel sämtlicher sicherheits- und wehrpolitischer Vorhaben muss es sein, die Bundeswehr wieder in die Lage zu versetzen,

die Landes- und Bündnisverteidigung jederzeit und vollumfänglich zu gewährleisten. So richtig es ist, die Ukraine mit Waffen und Gerätschaften zu unterstützen, so sehr hapert es aber nicht nur bei den so zwingend notwendigen Beschaffungen zum Erhalt und Aufbau der Fähigkeiten, sondern auch bei den Nachbestellungen. Längst ist es ein offenes Geheimnis, dass unsere Streitkräfte in weiten Bereichen blank dastehen. Trotz der im Sondervermögen zur Verfügung stehenden Finanzmittel geht es weder mit den Bestellungen voran, noch kommt bei der Truppe etwas an. Auch die Regale in den Munitionslagern sind lange nicht aufgefüllt.

Viele Vorwürfe richten sich vor allem an den Politikbetrieb. Anstatt die Modernisierung der Bundeswehr systematisch anzugehen, priorisiert die Bundesregierung offenbar nur einzelne Leuchtturmprojekte. 100 Milliarden Euro sind für jeden Bürger unfassbar viel Geld aber die traurige Wahrheit ist: die 100 Milliarden Euro Sondervermögen reichen vorne und hinten nicht, um der Bundeswehr das zu kaufen, was benötigt wird. Dass die Wehrbeauftragte einen Bedarf von 200 Milliarden Euro anmeldet, zeigt plakativ, dass bei Weitem nicht genügend Geld zur Verfügung steht.

Eine tiefgreifende Veränderung oder Beschleunigung hat es seit dem Kriegsausbruch nicht gegeben. Einzelne Beschaffungen sind die Ausnahme, nicht die Regel. Wie wenig in den vergangenen anderthalb Jahren passiert ist, zeigt auch der große Beschaffungserlass von Staatssekretär Zimmer und dem Generalinspekteur: plötzlich werden alle Regeln

aufgehoben, die über gesetzliche Standards hinaus gehen. Warum ist diese Devise in den vielen Monaten vorher nicht ausgegeben worden? Und warum weiß das Ministerium nicht einmal, welche Regeln genau aufgehoben wurden und will das erst einmal ausführlich untersuchen? Offenbar gab es keine ernsthaften Vorarbeiten unter der vormaligen Ministerin, den Beschaffungsprozess wirklich zu beschleunigen. Sehen Sie dazu meine Rede im Deutschen Bundestag: <https://fb.watch/lHLHWooOxb/>

ROTE KARTE FÜR HABECKS HEIZUNGSHAMMER

Wie die Ampel mit dem Parlament umgeht, ist eine beispiellose Frechheit. In ihrem Koalitionsvertrag heißt es:

„Demokratie lebt vom Vertrauen in alle staatlichen Institutionen und Verfassungsorgane. Wir werden daher das Parlament als Ort der Debatte und der Gesetzgebung stärken. Wir wollen die Qualität der Gesetzgebung verbessern.“

Diesem eigenen Anspruch wird die linksgelbe Koalition bei weitem nicht gerecht, im Gegenteil: Diese Bundesregierung missachtet systematisch die Rechte des Parlaments und des Bundesrates durch den exzessiven Gebrauch von Fristverkürzungen bei Gesetzesvorhaben, der Verweigerung von Minderheitsrechten und die Abgabe von nichtssagenden Antworten auf parlamentarische Fragen.

Immer wieder hat die Ampel das Parlament mit ihrer Last-Minute-Gesetzgebung überrumpelt. So auch beim umstrittenen Heizungsgesetz. Da präsentiert sie der staunenden Öffentlichkeit

nach Wochen des öffentlichen Zanks ihren Plan zur Runderneuerung des Heizungsgesetzes, doch was sie in den Bundestag eingebracht hat und im Eilverfahren vor der Sommerpause durch den Bundestag peitschen wollte, war der alte Gesetzentwurf. Auf das eigentliche Gesetz sollte das Parlament warten, während sich die Experten in der Bundestagsanhörung mit einem Dummy beschäftigen mussten, der so nie gekommen wäre.

Dass das Bundesverfassungsgericht diesem unsäglichen Umgang der Bundesregierung mit dem Parlament und der Öffentlichkeit einen Riegel vorgeschoben, ist ein Gewinn für unsere Demokratie. Das Urteil ist eine schwere Niederlage für die Bundesregierung von Olaf Scholz und eine heftige Klatsche für die Ampel. Aber sie ist vollkommen verdient. Die Ampel steht vor dem Scherbenhaufen ihrer „Augen-zu-und-durch-Mentalität“. Auf diesem Heizungsgesetz liegt kein Segen, es wäre das Beste, es endlich einzustampfen.

Der Bundeskanzler, seine Bundesregierung und ganz besonders Wirtschaftsminister Habeck wären gut beraten, das Urteil aus Karlsruhe zum Innehalten zu nutzen und ihren künftigen Umgang mit der parlamentarischen Opposition zu überdenken. So wie bisher kann und darf es im Deutschen Bundestag nicht weitergehen.

355.000,-€ FÜR DENKMAL-SCHUTZ

Die Denkmäler unserer Region sind steinerne Zeugen von Tradition und Geschichte. Deshalb ist der Denkmalschutz ein besonders wichtiges Thema, welchem sich der Staat anzunehmen hat. Nachdem im Jahr eins der Ampelregierung eine Fördergeld-Dürre herrschte, konnten bei der Förderrunde im Juni 2023 ganze 355.000 Euro für drei Projekte aus dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg organisiert werden.

In der Domstadt Limburg unterstützt der Bund die Restaurierung des historischen Fachwerkhauses am Roßmarkt 7 mit 75.000 Euro. Bei dem Gebäude handelt es sich um ein schmales, dreistöckiges Fachwerkhaus. Die Architektur des Gebäudes lässt vermuten, dass es im 14. oder frühen 15. Jahrhundert erbaut wurde.

Im Rheingau-Taunus-Kreis werden gleich zwei Projekte gefördert. In Idstein befindet sich der Höerhof, eine Hofanlage, die 1610 durch den bedeutenden Architekten Heinrich Höer errichtet wurde. Das Ornament des Hofes beinhaltet neben dem Fachwerk auch reiche Schnitzereien, wohingegen im Inneren Stuckdecken, Wandmalereien und historische Sandstein- und Dielenböden den besonderen Charme des Gebäudes ausmachen. An den investiven Maßnahmen im Höerhof beteiligt sich der Bund mit 80.000 Euro.

Mit ganzen 200.000 Euro wird die Restaurierung des historischen Kavaliers- und Viktorhauses im Eltzer Hof in Elt-

ville gefördert. Für die historische Eltviller Stadtansicht bilden die herrschaftlichen Hofhäuser einen unverzichtbaren Bestandteil. Besonders das um 1600 errichtete und 1749 umgebaute Kavaliershhaus prägt mit dem dahinter aufragenden gotischen Kirchturm der Pfarrkirche die historische Rheinansicht der Altstadt entscheidend mit.

Alle Projekte tragen zur Erhaltung unseres kulturellen Erbes und zur Attraktivität des Wahlkreises Rheingau-Taunus/Limburg maßgeblich bei. Nicht nur die Gebäude selbst, auch die engagierten Menschen, die ihr Herzblut in die Restaurierungen stecken, haben das Geld und die damit zum Ausdruck kommende Anerkennung für ihre Projekte redlich verdient.

ASTRO-ALEX IN ELTVILLE

Kurz vor Beginn der Sommerferien in Hessen durfte ich unseren deutschen ESA-Astronauten Dr. Alexander Gerst bei mir im Wahlkreis am Gymnasium Eltville begrüßen. Vor 700 Schülern berichtete er von seiner Tätigkeit für die Europäische Weltraumorganisation ESA und seinen zwei Weltraummissionen. Astronauten wie Alexander Gerst und die Raumfahrt im Allgemeinen sind eine unerschöpfliche Quelle der Inspiration für Menschen weltweit. Sie verkörpern den Geist der Entdeckung und ermutigen besonders junge Menschen, ihre eigenen Grenzen zu überwinden und nach den Sternen zu greifen.

Nicht zuletzt aufgrund des mehrjährigen deutschen Engagements für die Internationale Raumstation (ISS) ebnen wir

auch den Weg für die astronautische Raumfahrt in Deutschland. Wir erinnern uns gerne an Alexander Gersts herausragende Leistungen im Rahmen der „Blue-Dot-Mission“ 2014, die nicht nur in Fachkreisen, sondern vor allem auch in der breiten Öffentlichkeit Begeisterung und Sympathie hervorgerufen hat. Und auch vier Jahre später, von Juni bis Dezember 2018 verbrachte Alexander Gerst sechs Monate im Rahmen seiner zweiten Mission „Horizons - Wissen für morgen“ auf der Internationalen Raumstation. In der zweiten Hälfte seiner Langzeitmission übernahm er als erster Deutscher und zweiter ESA-Astronaut überhaupt für drei Monate das Kommando über die ISS. Seine Präsenz und Arbeit im Welt- raum haben nicht nur die Wissenschaft und die Raumfahrtgemeinschaft beeindruckt, sondern auch das Interesse vieler junger Menschen geweckt.



Jenseits seiner fachlichen Expertise, brilliert Alexander Gerst mit der Fähigkeit, komplexe wissenschaftliche Konzepte auf verständliche Weise zu vermitteln. Seine Bilder und Botschaften aus dem All haben das Bewusstsein für die Schönheit und Komplexität unseres Planeten geschärft. So ist er zu einem Vorbild für junge Menschen geworden, die ihre Leidenschaft für Wissenschaft, Technologie,

Ingenieurwesen und Mathematik entdecken. Seine Erfahrungen und Errungenschaften zeigen ihnen, dass sie ihre Träume verfolgen können, auch wenn sie unerreichbar erscheinen mögen.

Auf diese Weise verdeutlicht sich erneut die doppelt segensreiche Wirkung von Raumfahrtforschung und Technologie. Einerseits weckt sie die Begeisterung junger Menschen für MINT-Fächer und Berufe. Diese jungen Ingenieure, Physiker, Mathematiker oder Chemikanten sind der nachwachsende Rohstoff, den unsere deutsche Wirtschaft für Innovation, Wachstum und Wohlstand von morgen braucht. Andererseits liefert die Raumfahrtforschung Spitzentechnologie, für die Industrie von morgen!

AUSBLICK

In vielen Bundesländern haben die Sommerferien bereits begonnen. Und auch im politischen Berlin ist etwas Ruhe eingeleitet. Der Bundestag wird das nächste Mal planmäßig in der ersten Septemberwoche zusammenkommen. Die parlamentarische Sommerpause werde ich dazu nutzen, um mich auch einmal ein paar Tage am Stück gemeinsam mit meiner Familie zu entspannen.

Traditionell zum Start der Sommerpause habe ich für alle, die in diesem Sommer Berlin besuchen sollten, wieder einen besonderen Tipp:

Auch 2023 wird das Spreeufer im Berliner Parlamentsviertel in den Sommermonaten allabendlich zur Bühne für eine eindrucksvolle Film- und Klanginstallation über die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Ab Sonntag, den

02. Juli bis zum Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober können Interessierte im Parlamentsviertel in die Geschichte des Reichstagsgebäudes und des Parlamentarismus in unserem Land eintauchen. Die halbstündige Bild- und Klanginstallation mit dem Titel „Dem deutschen Volke – Eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag“ wird auch in diesem Jahr an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses im Parlamentsviertel präsentiert.

Im Mittelpunkt der Film- und Lichtprojektion steht die enge Verknüpfung des Reichstagsgebäudes mit der wechselvollen deutschen Parlamentsgeschichte, von den Entwicklungen in der Kaiserzeit bis hin zu den Ereignissen der Gegenwart. Der Film zeichnet nach, wie das Reichstagsgebäude im Laufe der Jahre als Parlamentssitz erbaut, zerstört, wieder instandgesetzt, verhüllt und umgebaut wurde, um schließlich Ende der 1990er Jahre als gesamtdeutscher Parlaments-sitz wieder aufzuleben. Eine empfehlenswerte Filmvorführung, die mit modernster Technik die wichtigsten Momente deutscher Parlamentsgeschichte an historischer Stelle lebendig werden lässt. Die Projektion macht zudem deutlich, dass das Parlament das Herzstück der Demokratie darstellt. Es muss selbstbewusst die Regierung wählen und kontrollieren!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Sommerzeit. Lassen Sie uns diese wunderbare Jahreszeit in vollen Zügen genießen, ob am Strand, im Park, auf den zahlreichen Weinfesten oder den vielen Kerben im

Wahlkreis. Möge der Sommer uns die Inspiration und Kraft geben, die wir brauchen, um die politischen Herausforderungen, die uns erwarten, anzugehen.

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>